Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 186 (2020)

Heft: 5

Artikel: Der Friedensplan des Amerikanischen Präsidenten Donald Trump (2/2)

Autor: Hübschen, Jürgen

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-880759

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Siehe Rechtliche Hinweise.

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. Voir Informations légales.

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. See Legal notice.

Download PDF: 05.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Der Friedensplan des Amerikanischen Präsidenten Donald Trump (2/2)

Der Beitrag befasst sich mit dem Friedensplan des US-Präsidenten. Im ersten Teil wurden bisherige Vereinbarungen für einen Friedensvertrag zwischen Israel und den Palästinensern dargestellt. Der Teil 2 beschäftigt sich mit dem Inhalt des Plans unter sicherheitspolitischen Aspekten und den Reaktionen der relevanten Länder und Organisationen sowie einer Bewertung und einer Einschätzung der Chancen für eine Realisierung der Vision.

Jürgen Hübschen

Der Plan wurde im Wesentlichen von Jared Kushner, dem Schwiegersohn des US-Präsidenten, erarbeitet und zwar ohne jede Beteiligung der Palästinenser. Auch Vertreter der arabischen Staaten, die von einer möglichen Umsetzung des Plans ganz konkret betroffen sind, wie Ägypten, Jordanien und der Libanon, nahmen an der Konzipierung des Plans nicht teil. Am 28. Januar 2020 stellte Donald Trump seine «Vision» im Beisein des israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu auf einer Pressekonferenz im Weissen Haus der Weltöffentlichkeit vor.

Wesentliche Inhalte des 181 Seiten umfassenden Dokuments sind:

Souveränität

Es soll eine Zwei-Staaten-Lösung geben unter der Prämisse: «A realistic solution would give the Palestinians all the power to govern themselves but not the power to threaten Israel». Um das sicherzustellen,

- müssen die Palästinenser Israel als jüdischen Staat anerkennen;
- müssen die Palästinenser dem Terrorismus abschwören und ihre Institutionen stärken;
- Stopp aller Zahlungen an die Hinterbliebenen von Attentätern;
- wird ein zukünftiger Palästinenserstaat entmilitarisiert;
- muss auch die Hamas im Gaza-Streifen ihre Waffen abgeben;
- darf es keine Hamas-Mitglieder in einer zukünftigen palästinensischen Regierung geben;
- erhält Palästina keine Souveränität über seine Grenzen;
- kontrolliert Israel auch weiterhin die Territorialgewässer und den Luftraum über den Palästinensergebieten und nimmt die entsprechenden Hoheitsrechte wahr;
- ist Israel allein zuständig für alle Sicherheitsbelange zwischen dem Mittelmeer und dem Jordan.

Staatsgebiet

Die Staatsgebiete von Israel und dem Palästinenserstaat wurden festgelegt nach der Prämisse: «The State of Israel and the United States do not believe the State of Israel is legally bound to provide the Palestinians with 100% of the pre-1967 territory.»

Die Grenzen des Staates Israel werden neu gezogen:

- Israel erhält zu seinem jetzigen Staatsgebiet das gesamte Jordan-Tal;
- Die zehn Städte im nördlichen Teil des Westjordanlandes, im sogenannten Triangel, die auf Drängen Israels nach dem Waffenstillstand aus Sicherheitsgründen israelisches Staatsgebiet wurden, werden jetzt Teil des Palästinenserstaates. Betroffen sind davon ca. 350 000 arabische Israelis, das sind etwa ein Drittel der arabischen Staatsbürger Israels;
- Im Gegenzug sollen die von ca. 400 000 Siedlern im Westjordanland besetzten Gebiete Teile des israelischen Staates werden;
- Gaza-Streifen und Westjordanland sollen durch einen Tunnel für Hochgeschwindigkeitszüge miteinander verbunden werden;
- Der Zugang zur jordanischen Grenze soll für die Palästinenser über zwei Korridore erfolgen;
- Für eine Übergangszeit sollen die Palästinenser Zugang zu zwei Häfen in Israel erhalten bis eigene Häfen gebaut sind;
- Ganz Jerusalem wird die Hauptstadt Israels;
- Die Hauptstadt des Palästinenserstaates soll ostwärts der Jerusalem begrenzenden fünf Meter hohen Sperrmauer in Vororten wie z. B. Abu Dis, Kafr Aqab und Teilen von Shuafat entstehen;
- Bezüglich der heiligen Stätten im heutigen Ost-Jerusalem soll es beim Status-Quo bleiben.

Wasser

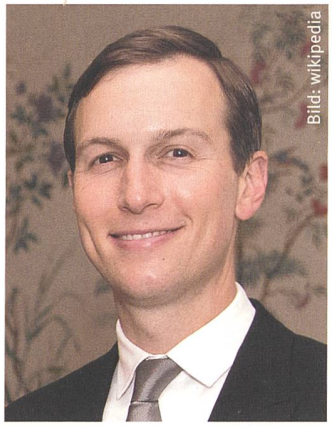
«The parties recognize mutual water rights and agree to equitably share existing cross border water sources and cooperate in making additional sources available through existing and emerging technologies», wird in der Vision von Präsident Trump gefordert. Einzelheiten dazu enthält der Plan nicht, obwohl die israelische Verwaltung des Westjordanlandes aktuell den jüdischen Siedlern eine uneingeschränkte Verfügungsgewalt über die Untergrundgewässer zusichert. Allein für die «blühende Wüste» werden 75% des Wassers eingesetzt. 80% des verfügbaren Wassers wird von den Israelis genutzt, den Arabern werden nur 20% zugestanden. Am Schluss dieses Abschnittes heisst es im Plan lediglich: «The parties will work together in good faith to manage the details with respect to water and wastewater treatment issues.»

Flüchtlinge

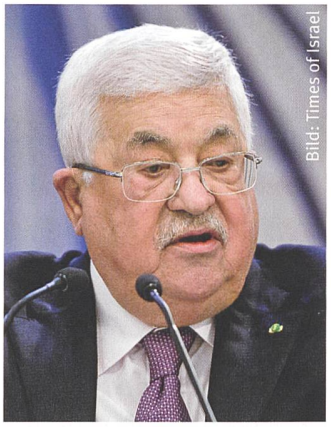
«A just, fair and realistic solution to the Palestinian refugee issue must be found in order to resolve the Israeli-Palestinian conflict», heisst es im sogenannten Friedensplan. Konkret soll dieser Grundsatz wie folgt umgesetzt werden:

- Für die etwa 5,5 Millionen palästinensischen Flüchtlinge, Nachkommen der ca. 700 000 Palästinenser, die 1948 im ersten Nahostkrieg flüchteten, soll es

Präsident Donald Trump



Jared Kushner



Präsident Mahmoud Abbas

Ministerpräsident Benjamin Netanjahu

drei Optionen geben: Entweder ziehen sie in den zukünftigen Palästinenserstaat, werden Staatsbürger der Länder, in denen sie derzeit leben oder sie lassen sich in einem anderen Land nieder;
- Mit einem Friedensabkommen endet ihr Flüchtlingsstatus und damit auch die Rechtsgrundlage für Kompensationsforderungen;
- das UN-Hilfswerk für palästinensische Flüchtlinge, dem Trump bereits die finanzielle Unterstützung entzogen hat, wird aufgelöst.

Zusammenfassung

Quasi als Zusammenfassung heisst es im Friedensplan, dass eine endgültige Friedensregelung zwischen Israel und den Palästinensern verhandelt werden muss. «The final, specific details of the Israeli-Palestinian Peace Agreement must be worked out directly between the Parties.»

Reaktionen auf den Friedensplan des US-Präsidenten

Die wesentlichsten Reaktionen auf den Friedensplan des US-Präsidenten stellten sich wie folgt dar:

Israel

Benjamin Netanjahu stimmt den Plänen des US-Präsidenten uneingeschränkt zu. Wörtlich sagte er: «This is something we've longed to have,» und er ergänzte, dass die israelische Souveränität über das gesamte Jordan Tal «enable Israel to defend itself, by itself.» Nur durch einen Einspruch des amerikanischen Präsidenten konnte der israelische Premier davon abgehalten werden, das Jordan-Tal umgehend zu annektieren. Die israelischen Siedler lehnten den Plan ab, weil sie eine Zwei-Staaten-Lösung grundsätzlich nicht akzeptieren.

Die palästinensische Führung

Präsident Abbas lehnte den Plan ab und ergänzte, er habe an die USA und Israel zwei entsprechende Nachrichten geschickt. Es werde keinerlei Beziehungen zu diesen beiden Staaten mehr geben, weil durch diesen Plan frühere Abmachungen und internationale Regeln nicht mehr eingehalten würden. Das gelte auch für Sicherheitsabkommen.

Die Vereinten Nationen

Die UNO reagierte zurückhaltend. Ihr Generalsekretär Antonio Guterres liess durch seinen Sprecher erklären: «Die Positionen der UN zur Zwei-Staaten-Lösung wurden über die Jahre definiert durch relevante Resolutionen des Sicherheitsrates und der Vollversammlung. «An diese Resolutionen sei das UN-Sekretariat gebunden.»

Die Arabische Liga

Die Arabische Liga lehnte den Plan ab, bezeichnete ihn als unfair und rief ihre Mitglieder dazu auf, nicht mit der US-Regierung bei der Umsetzung des Planes zu kooperieren. Nach einem Treffen in Kairo hielt der Rat der Arabischen Liga fest, dass der Plan «nicht die minimalen Rechte und Erwartungen der Palästinenser erfüllt.» Er sei ein «neuer Rückschritt in den seit drei Jahrzehnten andauernden Friedensbemühungen.» Die Liga warnte Israel, den Plan gegen den Willen der Palästinenser umzusetzen. Der Generalsekretär der Liga, Ahmed Abul Gheit, sagte, die Palästinenser würden Bürger zweiter Klasse. Der Vorschlag der US-Regierung bringe weder Frieden noch Stabilität, sondern säe nur weitere hundert Jahre Konflikt und Leiden. Palästinenser und Israelis rief er auf, gemeinsam an einer für beide Seiten akzeptablen Lösung zu arbeiten.

Ägypten

Ägypten, das einen Friedensvertrag mit Israel hat, pries zwar die Bemühungen des amerikanischen Präsidenten, verlangte aber direkte Verhandlungen zwischen Israel und den Palästinensern. Die Palästinenser hätten das Recht auf einen «unabhängigen und souveränen Staat».

Jordanien

Jordanien, das ebenfalls einen Friedensvertrag mit Israel hat und dessen Einwohner zu 70% palästinensische Wurzeln haben, warnte die israelische Regierung vor einseitigen Massnahmen, um neue Fakten zu schaffen. Weiteres palästinensisches Gebiet zu annektieren und jüdische Siedlungen auszuweiten, sei gefährlich, erklärte Jordaniens Aussenminister Aiman al-Safadi. Ost-Jerusalem müsse Hauptstadt eines palästinensischen Staates sein. Notwendig seien ernsthafte, direkte Verhandlungen zwischen Israel und den Palästinensern. Safadi ergänzte, Amman werde gemeinsam mit arabischen Ländern und der internationalen Gemeinschaft daran arbeiten, einen «gerechten und dauerhaften Frieden» zu erreichen.

Libanon

Die libanesische Schiitenorganisation Hisbollah drohte, der Plan der «satanischen» amerikanischen Regierung könne «ernsthafte Auswirkungen» auf die Region haben.

Türkei

Die Türkei sprach von einer «Annexion», und Präsident Erdogan nannte den Plan «eine Totgeburt». Einen Plan, den die Palästinenser nicht akzeptierten, wer-

de die Türkei nicht unterstützen. Zum Status Jerusalems erklärte Erdogan: «Jerusalem ist den Muslimen heilig. Der Plan, Jerusalem an Israel zu übergeben, ist absolut inakzeptabel.»

Iran

Der iranische Aussenminister Dschawad Zarif erklärte: «Die sogenannte ‹Vision für den Frieden› ist schlicht das Traumprojekt eines bankrotten Immobilienentwicklers. Aber es ist ein Albtraum für die Region und die Welt.»

Europäische Union

Der EU-Aussenbeauftragte Josep Borrel kündigte an, die EU werden den Vorschlag «prüfen und bewerten.»

Bewertung

Mit der Vorstellung des sogenannten Friedensplanes durch den US-Präsidenten im Beisein des israelischen Ministerpräsidenten wurde für die Weltöffentlichkeit offensichtlich, für wen und auch mit wem Kushner diese Vision entwickelt hat.

Dieser Friedensplan ist eine von den USA als verlängertem Arm Israels entwickelte Vision und seine Realisierung eine Illusion. Dafür gibt es im Wesentlichen folgende Gründe:

Die Palästinenser und die Arabische Liga lehnen den Plan und jede Diskussion über seine Inhalte ab.

- Das scheinbare Ziel des Planes, nämlich eine Zwei-Staaten-Lösung, ist in der Realität eher ein Staat Israel mit einer palästinensischen Provinz, weil der von den USA propagierte zukünftige Palästinenserstaat in wesentlichen Bereichen gar nicht souverän ist. Die Frage ist sogar, ob man bei einem Territorium, dessen Grenzen und Luftraum von einer fremden Macht kontrolliert werden und dem das Recht auf jegliche militärische Mittel abgesprochen wird, überhaupt als Staat bezeichnen werden kann;
- Die Palästinenser und auch konkret betroffene arabische Staaten, wie Ägypten, Jordanien und der Libanon, waren an der Erarbeitung des Plans nicht beteiligt;
- Der Plan verstösst gegen das Völkerrecht, weil er UN-Resolutionen ignoriert und zwar in Bezug auf Israels Grenzen, den Status von Jerusalem und die Legalisierung von Siedlungen;
- Gemeinsame rechtsverbindliche Vereinbarungen zwischen Israel und den Palästinensern, wie die «Oslo-Verträge» und die «Road Map», finden in dem Plan keine Berücksichtigung. Zu den Oslo-Verträgen wird lediglich festgestellt: «The Oslo Accords, however, left numerous key issues unresolved pending the completion of permanent status negotiations, including, among other items, borders, security, refugees and Jerusalem». Die «Road Map» wird gar nicht erwähnt. Auch auf den von allen arabischen Staaten akzeptierten Friedensplan des saudischen Kronprinzen Abdullah wird überhaupt nicht eingegangen;
- Es ist nicht davon auszugehen, dass Israel seine bislang genutzten Wassermengen zu Gunsten der Palästinenser reduziert, sondern diese durch die Annexion des Jordantales vermutlich noch erhöht. Schon bislang deckt Israel etwa ein Drittel seines Wasserbedarfs aus dem Flusssystem des Jordans. Ein Teil des Jordanwassers wird über eine Pipeline direkt nach Tel Aviv geführt.

Die USA haben mit der Entwicklung ihres visionären Planes nicht als ehrlicher Makler, sondern als Lobbyist Israels agiert. Es ist nicht unwahrscheinlich, dass der zum jüdischen Glauben konvertierte und mit israelischen Krediten in seinen Immobiliengeschäften in den USA und in Israel massiv unterstützte Schwiegersohn des Präsidenten den Plan in enger Abstimmung, vielleicht sogar unter Federführung von Netanjahu, erarbeitet hat. Vermutlich geht es bei diesem Plan in erster Linie darum, die jüdischen Wähler in den USA, die traditionell der demokratischen Partei nahe stehen, für die Wiederwahl des Republikaners Trump zu gewinnen und Netanjahus Chancen bei der für den 2. März 2020 anberaumten israelischen Parlamentswahlen zu verbessern und die wegen Korruption anhängige Klage gegen den israelischen Regierungschef aus dem Fokus der Berichterstattung zu nehmen.

Die von Trump vorgestellte Vision für eine Friedensordnung zwischen Israel und den Palästinensern hat aus den dargestellten Gründen keine Chance auf eine Realisierung, sondern wird eine Illusion bleiben. ■

Oberst i Gst aD
Jürgen Hübschen
Beratung für
Friedenssicherung und
Sicherheitskonzepte
D-48268 Greven

Cyber Observer

Zum Zeitpunkt der Niederschrift dieser Zeilen schreiben wir den 17. März 2020. Der Bundesrat hat gestern den Notstand kommuniziert. Gerne hätte ich zeitnah etwas zum Thema geschrieben. Die Ereignisse überschlagen sich jedoch derartig schnell, dass meine Meinung bis zum finalen Druck der vorliegenden Ausgabe schon wieder veraltet sein wird.

Grundsätzlich ist es auch nicht meine Aufgabe, über biologische Viren, Pandemien oder Notstände zu fabulieren. In der jetzigen Zeit fragt sich, ob es angebracht ist, dass ich über das virtuelle Thema «Cyber» sinniere.

Die Cyber-Kriminellen machen jedoch keine Pause, setzen COVID-19 gar als Grundlage für dreiste Phishing-Kampagnen ein.

Das Damoklesschwert der Pandemie demonstriert eindrücklich, wovor ich immer warne: Wir sind als Gesellschaft zu fragil. Die Probleme, die sich nun nicht mehr von der Hand weisen lassen, können zu grossen Teilen auf den Cyber-Bereich übertragen werden:

1. Wir sind nicht autonom. Deutschland vermag beispielsweise Schutzmasken einzubehalten. Wir sind auf den Goodwill anderer angewiesen. Genauso wenn es um Hard- und Software sowie IT-Dienstleistungen geht. Wir müssen Kernmechanismen souverän bereitstellen können.

2. Die Infrastruktur ist nicht auf unvorhergesehene Situationen vorbereitet. Swisscom ist überlastet, Microsoft Office 365 ist nicht erreichbar, etc. Wir dürfen uns nicht kaputtsparen.

3. Das Bundesamt für Gesundheit und der Bundesrat haben zaghaft reagiert. Der Schweizer «wartet gerne zu» und «beobachtet». Die Zeit ist jedoch ein unerbittlicher Gegner, den man oftmals nur mit schnellen und konsequenten Entscheidungen schlagen kann. Wir müssen mehr Mut haben, Entscheidungen zu treffen.

Marc Ruef
Head of Research, scip AG